

Erst mit täglichem Inhalt
Preis: 10 Pf. wöchentlich
Durch die Post bezogen
Anzeigenpreis:
Raum 12 Pf., Vereins- u.
Preis: Die dreifachpaltigen
70 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme in der Haupt-Expedition
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsgesellschaft: Breslau 10, Kreuzer Straße 20, Telefon
500 89. Vertretung: Breslau 544, Rebellien; Breslau,
Kreuzer Straße 20, Telefon 220 04. Exzentrischer Redaktions-
von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-
Expeditionen: Glatz, Kreuzer Straße 20, Telefon 4089;
Glatz; Glatz, Telefon 2504. Geschäftsstellen: Breslau, Kreuzer
Straße am Hauptbahnhof Breslau. — Verlag: Glatz, Kreuzer Straße
n. d. G., Breslau. — Druck: „Rote Stern“ Berlin, VII, Breslau, Kreuzer Str. 20.

Demonstration trotz Polizeiverbot

Wichtige KPD.-Rundgebung in Berlin / Unerhörte Polizeibrutalitäten

(Vgl. Bericht.) Berlin, 4. Februar.

Nichtachtend der grimmigen Räte sammelten sich Sonnabend an mehr als 25 Stellen der Stadt Tausende und aber Tausende revolutionärer Arbeiter, um demonstrierend gegen das militaristische Mittelregiment des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgel zu protestieren, und um zu beweisen, daß die Arbeiterschaft sich das von Jürgel geraubte Recht auf die Straße zu erzwingen weiß. Im Wedding und in Neukölln, in Köpenick und Tempelhof, im Friedrichshain, Lichtenberg, Tegel, Prenzlauer Berg, im Tiergarten und in der Innenseite — überall durchzogen Massen des revolutionären Proletariats Sonnabend die Straßen unter kühnsten Mäusen: Nieder mit dem Demonstrationsverbot, nieder mit Jürgel! Hoch die Kommunistische Partei! Mit wahrer Bersekermut heßten die Offiziere des Jürgel die Mannschaften auf die Demonstranten, die teilweise schrecklich mißhandelt und zu Hunderten verhaftet wurden. Aber immer wieder sammelten sich die Arbeiter in anderen Straßen,

in denen bis in die Nachtstunden hinein lauter Gesang der „Internationalen“ erkante.

Ferner berichtet die „Rote Fahne“:

In zahlreichen Bezirken nahm die Polizei Verhaftungen vor. In Schöneberg wurden sechs Arbeiter verhaftet, darunter der Abgeordnete Genosse Leow, trotz seines Hinweises auf die Immunität. Man schlug ihn auf das brutalste und schleifte ihn zur Wache, aus der er erst nach längerer Zeit entlassen wurde. Immer wieder räumte die Polizei die Straßen, immer wieder sammelten sich die Arbeiter.

In Lichtenberg wurden von der Polizei mehrere Schüsse abgegeben. In Tempelhof wurde ein Arbeiter von einem Reichsmehrsoldaten durch Bajonettstiche schwer verwundet.

Insgesamt hat die Polizei über 120 Arbeiter verhaftet. Trotz aller Polizeiprovolationen war die Demonstration ein großer Erfolg der revolutionären Arbeiterschaft.

Ein Sowjetultimatum an Polen

Unterzeichnungstermin am 7. Februar — Polen sabotiert

Wie aus einem von der Sowjetregierung veröffentlichten Kommuniqué hervorgeht, hat der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Genosse Litwinow, im Namen der Sowjetregierung einen neuen Schritt unternommen, um das der polnischen Regierung vorgeschlagene Friedensprotokoll durchzuführen. In einer Unterredung mit dem polnischen Gesandten in Moskau, Patel, hat Genosse Litwinow auf Grund der durch die polnischen Vorbehalte, die ablehnende Haltung Finnlands und die Erklärung Litauens, daß es erst später dem Protokoll beitreten werde, gescheiterten Lage, der polnischen Regierung die sofortige beiderseitige Unterzeichnung des Protokolls vorgeschlagen.

Sollte die polnische Regierung jedoch auf diesem einseitigen und gleichzeitigen Unterzeichnung des Protokolls durch die Sowjetunion, Polen, Estland, Lettland und Rumänien bestehen, so habe die Sowjetregierung dagegen nichts einzuwenden. Die Verantwortung für eine Verzögerung, die sich aus einem bestimmten Verfahren ergeben könnte, würde auf die polnische Regierung zu lasten kommen.

Der polnische Gesandte in Moskau, Patel, hat auf diesen konkreten Vorschlag, auf die Unterzeichnung des Protokolls, keine konkreten Informationen in der Unterredung gegeben.

Die Geschichte des von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Friedensprotokolls liefert ein Musterbeispiel für die konsequente und zielbewusste Friedenspolitik der Sowjetunion, die gleich aber auch einen deutlichen Beweis für den unbedingten Kriegswillen der polnischen Regierung und ihrer westlichen Auftraggeber.

Am 1. Januar hat die Sowjetregierung der polnischen Regierung den Vorschlag unterbreitet, durch die gemeinsame Unterzeichnung eines Protokolls den Kellogg-Pakt untereinander sofort in Kraft treten zu lassen.

Bei diesem Schritt hat die Sowjetregierung keinen Hehl daraus gemacht, wie sie über die im Kellogg-Pakt enthaltenen sogenannten „Friedensbedingungen“ denkt. Sie wußte und weiß, daß die Friedensbedingungen der Imperialisten keinen Wert wert sind und nur den Zweck haben, die Massen zu täuschen.

Trotzdem erklärt sie sich bereit, durch ein Sonderabkommen mit Polen diesen Pakt für die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen sofort wirksam werden zu lassen.

Mehr als vier Wochen lang hat die polnische Regierung das Zustandekommen dieses Sonderabkommens systematisch hintertrieben. Erst hat sie sich damit herausgeredet, daß sie die Zustimmung der anderen Kellogg-Partner (gemeint war die Entente) und ihrer Verbündeten (Rumänien) einholen müsse.

In der zweiten Phase versuchte sie durch die Forderung gemeinsamer und gleichzeitiger Unterzeichnung des Protokolls durch die Sowjetunion, Polen, die baltischen Staaten und Rumänien auf einem Umweg einen baltischen Antisowjetblock unter polnischer Führung zurechtzuwimmern.

Dieser Plan zerfiel an der ablehnenden Haltung Finnlands und an der Erklärung der litauischen Regierung, daß sie erst später dem Protokoll beizutreten wünsche.

Der neue Schritt der Sowjetregierung eröffnet eine neue Phase des Ringens um das Friedensprotokoll. Der polnischen Regierung ist jetzt der Weg zu weiteren Verschleppungsmanövern abgesperrt. In der klaren Erkenntnis, daß jede Verzögerung der Unterzeichnung des Protokolls weiter entwertet, hat die Sowjetregierung der Litwinow-Regierung einen ultimativen Termin für die Unterzeichnung gestellt und ihr gleichzeitig durch das Einverständnis mit einer gleichzeitigen und gemeinsamen Unterzeichnung durch die Sowjetunion, Polen, einige baltische Staaten und Rumänien jeden Vorwand genommen.

Aber schon sucht Polen wieder einen Seitenprung, um sich dem Druck seitens der Sowjetmacht zu entziehen. Die Erklärung des polnischen Gesandten, daß er sich auf die ersten Vorbehalte (die Zustimmung der Entente und Rumänien) berufe, läßt darauf schließen, daß die polnische Regierung nach dem vorläufigen Mißerfolg ihrer Balkenblockpläne wieder zur Taktik der systematischen Verschleppung greifen wird.

Die Sowjetregierung hat Polen gegenüber das größte Entgegenkommen gezeigt und damit erneut die Aufrichtigkeit ihrer Friedenswillens dokumentiert. Sie benutzt jede Gelegenheit, um, sei es durch Ausübung solcher Imperialistenvorurteile, wie der

Arbeiterentlassungen in der schlesischen Porzellanindustrie

Waldenburg, 4. Februar. Die Firma Krister hat am 2. Februar etwa 200 Beschäftigten die Kündigung zugestellt. Weitere 100 werden noch folgen. Fünf Brennöfen und eine Dreherei-Abteilung werden stillgelegt. Gleichzeitig wird bekannt, daß auf der vergangene Woche in Leipzig tagenden Konferenz der Porzellanindustriellen in Aussicht genommen wurde, die deutsche Porzellanproduktion um ein Drittel einzuschränken.

Die Entlassungen und Stilllegungen in der Porzellanindustrie sind ein weiterer Beweis für die abgleitende Konjunktur. Die Riesenarmee der Erwerbslosen ist keinesfalls nur als Saisonerscheinung zu werten. Enger denn je muß der Kampf der Erwerbslosen mit dem Kampf der noch im Betriebe Stehenden verbunden werden. Schlesische Erwerbslose und Erwerbstätige, wehrt euch gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Anarchie! Kämpft Schulter an Schulter für Verbesserung eurer Lage und für eine Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Einführung einer Planwirtschaft allen Arbeitern Brot und Arbeit geben wird.

Demonstrationen in Rowno

Der Hungerstreik der 150 politischen Gefangenen. Rowno, 4. Februar. Der von uns bereits gemeldete Hungerstreik der 150 politischen Gefangenen in Rowno dauert bereits sieben Tage. Obwohl einige Gefangene schon erkrankt sind, harren doch alle in ihrem Kampfe mutig aus. Vor dem Gefängnis kam es zu Massenansammlungen der Arbeiterschaft, die kühn gegen die Gefängnisverwaltung und die Regierung demonstrierten. Die Polizei trieb die demonstrierenden Arbeiter auseinander und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Aufstände und Militärrevolten in China

Blutige Unterdrückungsmaßnahmen. London, 4. Februar. In Durchführung der kürzlich von der Kiang-Regierung angekündigten Maßnahme gegen Kommunisten und „illegale“ Armeeteile ist nach Berichten aus Hongkong in Lungshan durch die dritte Division unter dem Kommando des Generals Guisan die „Ordnung wiederhergestellt“ worden. Teile der Division sind nun auf dem Wege nach Wanshan, wo gleichfalls Truppenaufstände zu verzeichnen waren. Die Hälfte der zweiten Division in Guang Haien hat revoltiert, um sich darauf den Kommunisten anzuschließen. — In Kanton eingegangene nicht amtliche Berichte sprechen davon, daß Kanton in der Vergangenheit von den Kommunisten beherrscht werde. In der vergangenen Woche ist ein Flugzeug von Kanton nach Kwantung gesunken, um die Bewegungen der Kommunisten in diesem fast gebirgigen Gelände zu beobachten. Wie die deutsche bürgerliche Presse meldet, soll ein Missionar Schramm von der Berliner Missionsgesellschaft, einem Telegramm aus Kanton zufolge, vor einigen Tagen in der Nähe seiner Station Ramon in der Provinz Kwangsi von chinesischen Bauern verhaftet worden sein. Diese Nachricht, an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln ist, zeigt, wie der deutsche Imperialismus, der der herrschenden Chiangkai-shek-Regierung für die Reorganisation der chinesischen Polizei-Heerverbände den Oberst Bauer und andere „Sachverständige“ zur Verfügung stellt, durch seine Handlangerdienste für

den englischen Imperialismus immer mehr den berechtigten Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern auf sich zieht. Die deutschen Missionare sind die eifrigsten Agenten des deutschen Imperialismus im Fernen Osten. Sie sind darum besonders verhaßt.

Unternehmerangriff in Sachsen

Dresden, 2. Februar. Die sächsischen Metallindustriellen haben den Lohnvertrag vom 4. Mai 1928 zum 31. März 1929 für das Gebiet der sächsischen Metallindustrie gelündigt. Sie schlagen dem Deutschen Metallarbeiterverband in Dresden vor, die jetzigen Löhne beizubehalten und das Lohnabkommen bis 1931 zu verlängern. Dieses Abkommen soll dann erstmalig zum 31. März 1931 mit zweimonatiger Frist gelündigt werden können. Die Metallarbeiter haben die Gewerkschaften zu einer Verhandlung am 14. Februar nach Dresden eingeladen, dort wollen sie ihre Vorschläge ausführlicher begründen. Zu diesem Vorstoß sind die sächsischen Kapitalisten in der Metallindustrie ermuntert worden durch den Schiedspruch von Severing, durch die Schlichtungspraxis von Wiffel und durch das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Kämpfen, die jeder Auseinandersetzung mit dem Kapital aus dem Wege gingen. Die Metallarbeiter Sachsens müssen unverzüglich ihre Forderungen aufstellen. Aus dem letzten großen Metallarbeiterkampf in Sachsen im April 1928 gilt es zu erkennen, daß unter keinen Umständen den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten die Führung des Kampfes übertragen werden darf, sondern schon jetzt von den einzelnen Belegschaften Kampfleitungen zu wählen sind, die selbst die Führung des Kampfes um die Forderungen der Metallarbeiter gegen die Industriellen übernehmen.

Vom Tage

Stresemann wandte sich am Sonnabend vor Vertretern der Presse gegen die Rede, die Poincaré bei der Elsäz-Debatte in der französischen Kammer gehalten hatte.

Nach Meldungen aus Kabul hat Habib-Allah die Gewalt über seine Truppen verloren, eines seiner Regimenter hat bereits gemeuert.

Der polnische Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland hat die Antwort auf das deutsche Schreiben vom 25. v. M. übersandt.

Die Besatzung des in der Nähe von Dporto auf einen Felsen gelaufenen deutschen Frachtdampfers soll rettungslos verloren sein.

Die polnische Regierungspresse versucht immer offenkundiger, die Lohnbewegung der ostoberschlesischen Proletarier als „staatsverräterische“ Aktion, die von Deutschland inspiriert wird, zu verleumdern.

Nach einer Meldung der „Montagspost“ hat die Staatsanwaltschaft in Magdeburg eine Untersuchung gegen den Rechtsanwalt und Rotar Schapper in Magdeburg eingeleitet, der bei der Verleumdung von Kölling und Hoffmann schwere Angriffe gegen den Kammergerichtspräsidenten gerichtet hat.

Sport vom Sonntag

Fußball

Stern I — Freie Sportfreunde I 6:1 (1:1)

Trotz des kalten Wetters traten obige Mannschaften zum Freundschaftsspiel an. Mit dem Anstoß Sterns kommt ein scharfes, aber lautes Spiel in Gang. Eine leichte Ueberlegenheit Sterns ist zu bemerken. Der Sturm kann jedoch Erfolge nicht erzielen. Langsam machen sich die Sportfreunde aus der Umklammerung frei. Einer dieser Durchbrüche bringt den ersten und letzten Erfolg. Weiter liegen Sportfreunde im Angriff. Die Hintermannschaft Sterns bereitet aber weitere Tore. Auch einen Elfmeter kann Sportfreunde nicht verwandeln. Noch vor Seitenwechsel ist es Stern möglich, den Ausgleich zu erzielen. Nach Wiederbeginn ist Stern stark überlegen. In kurzen Abständen werden drei Tore erzielt. Noch einmal steuert der Widerstand der Sportfreunde auf. Es wird aber nichts erzielt. Im Gegenteil gelingt es Stern, bis Schluss noch zwei Tore zu erzielen. Der Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in der Hand.

Weitere Resultate

Stern II — Sportfreunde II 5:1
Hertha I — Vorwärts I 14:1

Achtung, Fußballsparte!

Der Sporttag findet am 10. Februar, 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichte. 3. Anträge. 4. Wahlen. 5. Verschiedenes. Immer siehe Tafel Gewerkschaftshaus.

Handball

Sämtliche Vereine werden hiermit ersucht, ihre Plätze bei Bundesgenossen Fritsch, Gaudauer Straße 59, bis Mittwoch, den 6. Februar, zu melden. Geschieht dies nicht, so können die Mannschaften zur Serie, welche am 17. d. M., beginnt, nicht angelehnt werden.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Bezirk, 14. Kreis

Berichterstattung! Die Vereine werden aufgefordert, die Adressen der Vereinsberichterstattung, Tagungslokal und Telefonnummer desselben bis 10. Februar an den Obmann Kurt Mosler, Promnitzstraße 30, zu melden.

Bogwart-Sitzung. Mittwoch, den 6. Februar, im Restaurant von Meißig, Burgstraße, abends 8 Uhr Bogwart-Sitzung sämtlicher Vereine. Der erste Bezirks-Bogwart.

Kreis-Presseauschuss des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund

Sonntag, den 10. Februar, 16.30 Uhr, versammeln sich die Ausschusmitglieder zu einer wichtigen Sitzung im Partellbüro, Zimmerstraße 1. — Bundesgenossinnen und Bundesgenossen, die Interesse an der Berichterstattung haben, können sich melden bei Georg Scholz, Breslau 9, Gellhornstraße 43, I. Ebenso können sich einige Schreibmaschine schreibende Sportgenossen zur Mitarbeit melden.

Der Sportmassage-Kursus beginnt Donnerstag, den 7. Februar, abends 8 Uhr mit einem Vortrag des Genossen Dr. Schröder über den Wert der Sportmassage im Zeichenaal der Cecilienstraße, Taschenstraße.

Männer-Gymnastik-Kursus. Erster Übungsabend Freitag, den 8. Februar, ab 8 Uhr abends in der Turnhalle Magazinstrasse, an der Schieferbergstraße. Leitung Bundesgenosse Seewald.

Freie Rudervereinigung Breslau C. V. Donnerstag, 7. Februar

20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Monatsversammlung. — Im März findet ein Lehrgang im Rudern für Anfänger statt, zu dem schon jetzt Meldungen abgegeben werden können, und zwar an jedem Mittwoch, in der Zeit von 20 bis 22 Uhr, an den Übungsabenden im Wilhelm-Gymnasium, Sonnenstraße 32, oder schriftlich an Georg Scholz, Breslau 9, Gellhornstraße 43, I. Die Ausbildung erfolgt kostenlos.

Jiu-Jitsu. Der Anfängerkursus für Jiu-Jitsu der Sportvereingung Nordost 03 beginnt Mittwoch, den 6. Februar 1929 in der Turnhalle Osener Straße, 20-22 Uhr, und Freitag, Turnhalle Andreeßenstraße, 20-22 Uhr. Der Kursus dauert sechs Wochen und es finden wöchentlich zwei Kursusabende statt in den genannten Turnhallen. Meldungen werden noch am ersten Kursusabend angenommen oder beim Abteilungsleiter, Genossen Reinhold Geiß, Gabelstraße 42. Zur Deckung der Unkosten wird eine Gebühr von 1,50 Mark erhoben. Teilnahmeberechtigt sind alle Sportgenossen und -genossinnen, welche dem Arbeiter-Sportartell angegeschlossen sind. Jeder Teilnehmer muß die Zugehörigkeit zu einem Verein nachweisen. Nachmeldungen während dem Kursus können nicht berücksichtigt werden.

Generalsammlung des A.S. „Hertha“ 1928. Die am 31. Januar abgehaltene Generalsammlung war sehr gut besucht. Der Vorsitzende gab im Geschäftsbericht einen klaren Überblick über die geleistete Arbeit des Vereins. Als wichtigste Errungenschaft ist die Schaffung einer eigenen Plananlage zu betrachten, die nur durch die Opferwilligkeit jedes einzelnen Mitgliedes möglich war. Der Bericht des Kassierers bewies, daß der Verein auf gesunder finanzieller Basis steht. Die Entlastung wurde sämtlichen Vereinsfunktionären einstimmig erteilt. Die Neuwahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Gustav Scholz, Gräbichener Straße 175; 2. Kassierer A. Gnädig, Gräbichener Straße 259; 3. Schriftführer A. Strauß, Gräbichener Straße 257; 4. Sportwart und Berichtserstatter A. Berndt, Fröbelstraße 12; Kartelldelegierter H. Schäfer.

Straßenmeister-Lehrkursus. In der Zeit vom 1. Dezember 1928 bis 19. Januar 1929 fand an der Schlesischen Beamtenhochschule in Breslau, Karlsruhstraße 3, zum erstenmal ein Fortbildungskursus für Straßenmeister und -Anwärter statt. In Anlehnung an den Lehrplan einer Wegebauerschule fanden wöchentlich 30 Unterrichtsstunden sowie praktische Übungen im Freien und Lehrreiche Befähigungen statt. Der Lehrplan umfaßte die Fachgebiete: 1. Erdbau und Straßenbau, einschließlich neuzeitlicher Straßenbauweisen; 2. Brückenbau, einschließlich Durchlässe; 3. Hochbauten; 4. Feldmessen und Planzeichnen; 5. Flächen- und Körperlehre; 6. Baustofflehre; 7. Rechnen; 8. Veranschlagung, Aufstellung von Kostenanschlägen und Massenberechnungen; 9. Naturlehre und Hilfsgeräte der Baufeld. An dem Lehrgang nahmen insgesamt 23 Personen teil, davon 11 Straßenmeister schlesischer Kreise und Städte, vier einberufene Verforgungsamwärter und acht Dienstamwärter der Tiefbauverwaltung der Stadt Breslau. Die Schulprüfung bestand aus einer schriftlichen und mündlichen Prüfung. 19 Teilnehmer bestanden die Prüfung, von denen acht das Prädikat „Gut“ erteilt wurde. Vier Anwärter der Stadt Breslau wurden zurückgestellt. In Zukunft wird in Erwägung gezogen werden, den Ausbildungslehrgang in eine Unterstufe und in eine Oberstufe zu teilen, und zwar die Unterstufe für Straßenmeisteramwärter und die Oberstufe zur Fortbildung der Straßenmeister. Für jede Stufe ist eine Kursdauer von acht Wochen vorgesehen, so daß die Unter- und Oberstufe zusammen einen Lehrgang von rund 16 Wochen ausmachen, welcher einem 17wöchigen Lehrgang an der Hohenhaushausen in Königsberg gleichwertig sein dürfte.

Bezirksvorturnerkunde am 27. Januar in Görlitz. Um 8.30 Uhr begann dieselbe mit folgendem Turnstoff: Gymnastik und Freidübungen für das Bundesfest. Schluss um 12.30 Uhr. Darauf folgte die Sitzung mit folgender Tagesordnung: Kritik, Berichte, Neuwahl, Veranstaltungen und Verschiedenes. Kritik wurde geübt an der Disziplinlosigkeit einzelner Turngenossen während der Übungsstunden. Turngenosse Wittur ermahnte die anwesenden

Der Preussische Staat und die Sportbewegung

Die SPD. als „Förderin“ des Arbeitersports

In den letzten Tagen stand vor dem Hauptausschuß des Preussischen Landtags der Etat für 1929 des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt zur Verhandlung. Diese Verhandlungen sind besonders für die Arbeitersportler von Interesse, denn die Mittel für das Gebiet der Leibesübungen und des Sports sowie für die Arbeit auf dem Gebiete der Jugendpflege gehen unter dem Kapitel „Allgemeine Wohlfahrt“ dieses Ministeriums. Immer waren es die Kommunisten, die bei den alljährlichen Etatberatungen mit ihren Anträgen zum Ausdruck brachten, daß die Mittel für diese Zwecke wesentlich erhöht und daß daraus den Arbeiterportorganisationen in erster Linie und in besonderem Maße Unterstützungen zugeteilt werden müßten.

Bei den diesjährigen Beratungen knüpfte Genosse Zobel an die Ausführungen des Wohlfahrtsministers an, daß ihm Erregung und Unterstützung vorbegehender Maßnahmen zur Verbesserung von Schäden an der Volksgesundheit besonders „am Herzen“ liege. Zobel unterstrich das, was am Tage vorher bereits Genosse Geheermann zum Ausdruck brachte, daß das nur Worte seien, während die Tatsachen dieser kapitalistischen Republik andere seien. Für die Kapitel „Volksgesundheit“ und „Allgemeine Wohlfahrt“ sind insgesamt nur 41,3 Millionen Mark vorgesehen, aber der diesjährige Etat will für die Justiz 409,8 Millionen, für die Polizei 399 Millionen und für die Kirche 88,6 Millionen Mark auswerfen.

Diese Zahlen beweisen am besten, worauf es der herrschenden Klasse und ihren Lakaien ankommt, auf den Ausbau des Machtapparates ihrer kapitalistischen Republik zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Für Jugendpflege sowie für die Leibesübungen sieht der Etat nur insgesamt 5,4 Millionen Mark vor, während den Pferdebahnvereinen aber 9,4 Millionen Mark zugewiesen werden.

Die von der kommunistischen Fraktion vorliegenden Anträge sind in bester Weise, um einigermaßen vor allem den Arbeitersportlern zu helfen. Gerade sie müssen in erster Linie berücksichtigt werden. Der Löwenanteil der finanziellen Unterstützung aber wurde den Bürgerlichen zuteil. Sie sind ja auch das Ziel aller Republikaner, sie sind ja der Esch der früheren Militärpflicht, heute noch stolz darauf, daß durch ihre Erziehungsarbeit während des letzten imperialistischen Krieges Kanonenfutter im Umfange von 20 Armeekorps geliefert wurde, und die „freiwillige Kerntruppe“, das freiwillige Rekrutendepot für den kommenden imperialistischen Krieg sind sie ja auch heute.

Wie die Verteilung der Mittel erfolgt, dafür einige Beispiele: In Bayern erhielten aus den Staatsmitteln für diese Zwecke in Höhe von 489 000 Mark die Arbeitersportler nur 11 000 Mark. In Sachsen ist 1928 selbst von der sozialdemokratischen Zeitung ein Verteilungsverhältnis von 13 : 2 festgestellt worden, in Halle aus kommunalen Mitteln des Vorjahres das Verhältnis 16 : 1. Und in Preußen ist es nicht anders. Deshalb gibt das Ministerium auch keine Auskunft über die Verteilung der Mittel. Projam sind es, mehr nicht, die den Arbeitersportlern gewährt werden. Der sozialdemokratische Redner, Gewerkschaftssekretär Bauer, Ludenwalde, brachte in der Hauptsache Klagen über Zurücksetzung der sozialistischen

Arbeiterjugend und der Gewerkschaftsjugend in einzelnen Provinzen durch die Behörden vor, um deren Abstellung er „ersuchte“. Die Arbeitersportler hat er, doch auch etwas zu berücksichtigen, denn für seine Leibesübungen erhalte der Arbeiter-Turn- und Sportbund aus öffentlichen Mitteln nur 8,97 Prozent.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der kommunistischen Fraktion, der in bezug auf die Veranschlagungen Dritter — das ist der Titel für die Zuschüsse an die Kommunen, Provinzialverwaltungen und Verbände für Jugendpflege und Sport und Körperpflege — die im Etat dafür vorgesehene Summe von 3,9 Millionen auf 7 Millionen Mark zu erhöhen forderte, wovon 3,1 Millionen Mark den Arbeiterportorganisationen zum Ausbau ihrer Bestrebungen für Jugendpflege, ihrer Sportschulen sowie Übungsstätten als Beihilfe überwiesen werden sollten, mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Annahme fand dann der Antrag der Sozialdemokraten, diesen Titel auf 5 Millionen zu erhöhen. Da dieser Antrag keine besonderen Forderungen für die Arbeiterorganisationen für Jugendpflege und Sport enthält, werden, wie bisher, auch weiterhin die konfessionellen und bürgerlichen Vereine den Hauptanteil aus diesem Fonds haben.

Für den Titel „Förderung der Leibesübungen einschließlich des Sport- und Sportartwessens“, der mit 1,5 Millionen Mark im Etat vorgesehen war, beantragten die Kommunisten eine Erhöhung auf 3 Millionen Mark und davon 1,5 Millionen Mark den Arbeiterportorganisationen zum Ausbau ihrer Einrichtungen und Bestrebungen zur sportärztlichen Ueberwachung und Kontrolle zur Verfügung zu stellen. Der Erhöhung des Fonds wurde zugestimmt. Die Bereitstellung aber für die Arbeiterportorganisationen wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Wenn abgelehnt wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten ein Antrag der Kommunisten, dahin zu wirken, daß den Arbeitern und Angestellten bis zu einem Jahres Einkommen von 5000 Mark während ihres Urlaubs für sich und ihre Angehörigen von der Reichsbahn die gleichen Vergünstigungen in bezug auf Fahrpreisermäßigung gewährt werden, wie sie bei Gesellschaftsfahrten in Betracht kommen. Immer wieder preisen die reformistischen Führer im Arbeitersport die SPD. als die „einzige Förderin“ der Arbeitersportbewegung an. Die Praxis dieser Partei steht aber anders aus. Ihre Koalitionspolitik mit den Parteien der Bourgeoisie veranlaßt sie, immer und immer wieder die Interessen der Arbeiterschaft und damit der Arbeitersportler zu verraten und gleichzeitig der Bourgeoisie und ihren Organen, den bürgerlichen Sportverbänden, Millionen in den Rücken zu werfen. Die SPD. ist die Partei, die durch die Zustimmung für die Unterstützung der bürgerlichen Sportverbände mit verantwortlich ist, daß die arbeitserfindlichen Organisationen ihren Apparat immer mehr ausbauen können. Den Arbeitersportlern zelgten die Verhandlungen im Preussischen Landtag, daß sie Schluss machen müssen mit einer solchen Partei und daß sie, gestützt auf die Kraft ihrer Organisation, gemeinsam mit der SPD. für ihre Interessen kämpfen müssen.

Turngenossen, die Bundesfestübungen in den Vereinen tüchtig zu üben. Zu Punkt 2 gab Turngenosse Wittur einen kurzen Bericht über die Tätigkeit im Bezirk. Gerügt wurde das Verhalten einzelner Vereine bei ihren örtlichen Veranstaltungen. Auch fand eine rege Aussprache über das Bezirksfest in Wunzschau statt. Die erste, zweite und dritte Gruppe mußte sich ebenfalls einen Rüssel mitnehmen, weil dort die Gruppenunterwarte versagen. Das Auscheidungsturnen zwischen dem zweiten und vierten Bezirk mußte noch zurückgestellt werden. Die Beteiligung am Frühjahrslauf war gut, der Herbstlauf mußte wegen der Handballserie wegfallen. Als Bezirksturnwart wurde Turngenosse Wittue, als Obmann vom technischen Ausschuss und Bezirksportwart Turngenosse Seidel (Görlitz) wiedergewählt. Folgende Veranstaltungen finden in diesem Jahre statt: Das Bundesfest in Nürnberg, das 26 jährige Bestehen des Bezirks sowie der Vereine Leschwitz, Raucha und Rauchwalde, Reichenaich (Schneeweise), Penzig (Turnhallenweise) und ein Auscheidungsturnier für Leichtathletik zum Bundesfest. Der letzte Punkt mußte wegen vorgerückter Zeit wegfallen. Anwesend waren zum Turnen 52, in der Sitzung 40 Turngenossen. Geheißt haben 15 Vereine. Schluss um 3,15 Uhr.

Peiferwitz. Freie Turnerschaft. Am 20. d. M. hielt die hiesige Freie Turnerschaft die ziemlich gut besuchte Jahresversammlung ab. Die Tagesordnung war: 1. Abrechnung, 2. Bericht der Funktionäre, 3. Neuwahl, 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab Turngenosse Frühner den Kasfenbericht, woraus zu entnehmen war, daß sich die Kasfenverhältnisse sehr gebessert haben. Zu Punkt 2 gab der erste Vorsitzende, Turngenosse Glunz, den Mitgliedern einen kurzen Tätigkeitsbericht. Er gab darin bekannt, daß er seine Funktion als erster Vorsitzender, die er sechs Jahre innehatte, niederlegt. Im weiteren berichtet Turngenosse Ruch als Schriftführer über seine Tätigkeit. Aus dem Bericht der technischen Leiter, der Turngenossen Michale und Blach, war zu entnehmen, daß der Turnbetrieb viel zu wünschen übrig läßt. Es folgte nun die Neuwahl. Gewählt wurden die Turngenossen Ruch als erster Vorsitzender, Dzuballa Georg als zweiter Vorsitzender, erster Kassierer F. H. Arter, Hilfskassierer Maloch Ernst, erster Schriftführer Schaar Richard, technische Leiter Michale Wilhelm und Blach Georg, Dzuballa Georg, Anders Robert, Niesisch Wilhelm Revisoren, Glunz Wilhelm Berichtserstatter. Der neu gewählte erste Vorsitzende übernahm sein Amt und ersuchte die Turngenossen, ihn in jeder Beziehung besser zu unterstützen als bisher. Die Turnstunden sind Dienstag und Freitag von 19 bis 22 Uhr im Vereinslokal. Es wurde angeregt, mehr Augenmerk auf das Kinderturn zu richten. Es wird daher der Appell an die Arbeiterschaft von Peiferwitz gerichtet, ihre Söhne und Töchter dem Verein zuzuführen. Im weiteren wurde eine Vereinsveranstaltung am 23. Februar bei Turngenossen Mania beschlossen.

Abnigszeit. Generalsammlung der Vereinsvorstände im 4. Fußballbezirk. Die Versammlung war von außerordentlicher Wichtigkeit, stand doch als hauptsächlichster Punkt die neue Bezirksleitung auf der Tagesordnung. Diesem voraus gingen folgende Punkte: 1. Geschäftliches, 2. Berichte, 3. Verschiedenes. Beim Uebergang zum Punkt Verschiedenes gab die Mandatprüfungs-Kommission das Resultat ihrer Kontrolle bekannt. Es waren von 41 Vereinen bzw. Abteilungen 26 durch 31 Delegierte vertreten. Spartenleiter Genosse Prosch-Striegau gab dann bekannt, daß der

4. Bezirk dem Kreise noch ein Pflichtspiel schuldet, und wurde selbiges nach Hermsdorf festgelegt. Es stehen sich dort am 3. März Sturm I Stanowitz, 6. Bezirk, und Freie Sportfreunde I Waldenburg, 4. Bezirk, gegenüber. Dann wurde die Bezirksleitung vorgenommen. Der neue, 21 Vereine zählende 4. Bezirk tätigte hierbei die Wahl des Funktionärskörpers. Die dazu gemachten Einzelvorschläge ergaben die Wahl folgender Genossen: 1. Weigelt (Ming, Sandberg) Spartenleiter, 2. Rüter (Freie Sportfreunde, Waldenburg) technischer Leiter, 3. Richter (Freie Sportfreunde, Waldenburg) Schriftführer, 4. Winter (Freie Sportfreunde, Waldenburg) Schiedsrichterobmann, 5. Rüter (siehe 2.) Jugendobmann, 6. Günther (Sturm, Jiriau) Berichtserstatter. Als Gruppenleiter der ersten Gruppe wurde Genosse Felge (WfR, Freiburg) neu gewählt. Nach Beendigung des Wahlattes übergab Genosse Prosch die Geschäftsführung.

Freiburg. Die Jahreshauptversammlung des Arbeiter-Sportartells war von acht Vereinen besucht. Die Naturfreunde schieden unentschieden, wie immer, bedauerlicherweise, in all den Sitzungen im Vorjahre. Ein Verein ist ins bürgerliche Lager abgegangen, so daß dem Kartell neun Vereine, mit der gleichen Mitgliederzahl wie bisher, trotz des Abganges, angehören. Der Vorsitzende, Genosse Döfler, gab Bericht von der Provinzial-Sportartellversammlung. In kurzen Umrissen zeichnete derselbe die Arbeit einzelner Kartelle sowie die unbedingte Notwendigkeit, daß sich alle Sportorganisationen mehr denn je zu Kartellen zusammenschließen müssen. Genosse Hein gab den Kasfenbericht vom zweiten Halbjahr 1928. Der erste Vorsitzende wurde wiedergewählt. In den Vorstand wurden noch folgende Genossen gewählt: zweiter Vorsitzender und Schriftführer Günther (Sturm, Jiriau); Kassierer Ritsche (WfR, Freiburg); technischer Leiter Emrich (Freie Turner, Freiburg); Revisoren Hein (Radfahrer, Freiburg) und Scholz (Samariter, Freiburg). Von Kartellveranstaltungen für 1929 wurde bis auf weiteres Abstand genommen, werden doch zwei Stützungsstelle hiesiger Vereine in größerem Rahmen abgeben. Hinzu kommt noch das zweite Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes sowie eine Veranstaltung der Arbeiter-Samariter am Ort. Zweck Verwertung des Kursus in Centnerbrunn wird der Vorsitzende, Genosse Döfler, vierzehntägig erstmalig am 13. Februar, Vorträge für Funktionäre der Arbeiter-Sportbewegung abhalten. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Hermsdorf n. R. Die Freie Turnerschaft hielt im Gasthof „Zu den Schneegruben“ ihre Generalsammlung ab. Den Jahresberichten des Vorsitzenden und des Kassierers folgten die Berichte der technischen Leitung. Der Verein zählt 155 Mitglieder. Die Neuwahl ging ziemlich glatt vonstatten. Erster Vorsitzender Paul Schneider, Kassierer Oswald Klein, Schriftführer Hammerich, erster Turnwart Paul Schäfer, erster Fraueturnwart Walter Krüger, erster Kinderturnwart Alfred Krause, und als Sportwart wurde Bundesgenosse Gustav Seidel wiedergewählt. Die Mitgliederbeiträge wurden um 10 Pf. erhöht. Wir machen unsere Brudervereine innerhalb der ersten Gruppe darauf aufmerksam, daß wir am 9. und 10. Februar einen Arbeiter-Wintersporttag veranstalten. Zur Durchführung gelangt ein Sit-Langlauf sowie Rodeln für Ein- und Zweifler. Hierfür erwarten wir eine gute Beteiligung der Bundesgenossen.

Zum Wehrprogramm der Sozialdemokratie

Die „Linken“ und das Wehrprogramm

Von Rudolf Gerber

Aufgabe des sozialdemokratischen Wehrprogramms wie überhaupt der ganzen sozialdemokratischen Politik ist es, den kommenden imperialistischen Krieg und die Unterdrückung der imperialistischen Bourgeoisie in den Arbeitermassen zu propagieren und gemäß der spezifischen Aufgabe der SPD, die zur Rechtfertigung dieses Krieges vor den Massen nötigen passivistischen Phrasen zu liefern. Aufgabe der sozialdemokratischen „Linken“ ist es, die gegen den Sozialpatriotismus rebellierenden Massen diesem gebunden auszuliefern, indem man bei ihnen Illusionen auf eine mögliche Reformierung der Partei des Sozialrates erweckt. So ist es nur natürlich, daß die „Linken“ aller Schattierungen bestrebt sein müssen, auch in dem von ihnen bekämpften Wehrprogramm „positive“ Seiten zu finden. Ströbel erklärt in einem Artikel der Chemnitzer „Volksstimme“ vom 22. Dezember zwei Sätze des Entwurfes für „besonders wichtig und unbedingt richtig“: nämlich erstens den, wo — in der Terminologie des Kellogg-Paktes — von der Sozialdemokratie der Krieg „als Mittel der Politik vermieden“ (und somit als „Verteidigungs-“ oder „Sanktionskrieg“ gebilligt wird), und zweitens die These von der „historischen Mission der deutschen Republik, Vorkämpferin der deutschen Abrüstung zu sein“ — ein Satz, der auf die Beschönigung des als „Kampf um Abrüstung“ maskierten Kampfes der deutschen Bourgeoisie um Aufrüstung hinausläuft. Also gerade dort, wo der Programmtext in der zersplitterten und darum gefährlichsten Form den neuen Krieg propagiert, findet er die Unterstützung des „linken“ Ströbel. In analoger Weise bezeichnet die zum „konsequenten“ Flügel der „Linken“ gehörige Plauerer „Volkszeitung“ vom 28. Dezember den Entwurf als „ein Kompromiß zwischen sozialistischer Ideologie und den Bedürfnissen der Koalitionspraxis“. In der „Leipziger Volkszeitung“ vom 12. Januar sagt R. Herz:

„Der Entwurf legt sich aus zwei scharf geschiedenen Hälften zusammen. Der erste und zweite Abschnitt enthält das alte sozialistische Gedankengut, das bis zum Kriege die deutsche Arbeiterbewegung wenigstens theoretisch maßgebend bestimmte. Im dritten Abschnitt gelangt die offizielle Parteilinie auf den Kriegszug zum Ausdruck, das Bekenntnis zum aktiven Wehrwillen, zur Landesverteidigung und zum Burgfrieden.“

Der die verschiedenen Teile des Programms einander gegenüberstellt, aus den zur Begründung des offen sozialverräterischen dritten Abschnittes dienenden Formulierungen der beiden ersten „den international denkenden Sozialisten“ (wie Herz sich ausdrückt) sprechen hört, der hilft der SPD, in besonders raffiniertester Weise bei der Vorbereitung des neuen Augustus, erweckt Illusionen auf Auswertung des angeblichen Widerpruches in der sozialdemokratischen Ideologie, auf die Umwandlung der sozialdemokratischen Partei in eine Partei des Klassenkampfes und ist gefährlicher als die offenen Sozialpatrioten. Denn die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie hat durchaus nicht nur auf die schon 1914 benötigten Zwecke von der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes und der Erbschaft der sozialistischen und konterrevolutionären Sozialdemokratie abgesehen, sondern ebenso (und in gefährlicherer Weise) auf die Verwendung revolutionärer Mittel gegen jede „praktisch erreichbare“ der deutschen Imperialismus feindliche „Regierung“ abgesehen. So wie die SPD heute die „sozialistische“ Wehrpolitik des deutschen Volkes als „sozialistische“ Wehrpolitik der beiden ersten Abschnitte gelehrt wird.

Die „Linken“ geht aber über die Ermedung von Illusionen über die „sozialistische“ Wehrpolitik hinaus. Mit dem Ergebnis im Resultat aber aufs gleiche heraus kommenden Theorien haben sie das Proletariat von der Vorbereitung auf den wirklichen Kampf gegen den Krieg, nämlich auf die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ab. Die einen tun dies, indem sie Illusionen über eine mögliche Vermeidung von Kriegen ohne Revolution erwecken. Ströbel sagt in dem schon angeführten Artikel der „Volksstimme“:

„Dieser unzusammenhängende, unerbittliche Kampf gegen Imperialismus und Militarismus kann aber geradezu geschwächt und gelähmt werden durch so bequeme und fragwürdige Thesen wie die, daß der Krieg während der imperialistischen Ära unvermeidlich sei, daß alle Kriege „kapitalistischen“ und „imperialistischen“ Ursprungs seien, daß folglich der Kapitalismus auch am Ausbruch des Weltkrieges die Schuld trage und daß das Fortgehen nach besonderer Schuldigen überflüssig und eine Illusion sei.“

Gerade der letzte und größte Krieg der Weltgeschichte, der Krieg von 1914 bis 1918, war kein kapitalistischer und imperialistischer Krieg im landläufigen Sinne. Nicht wirtschaftliche Notwendigkeiten trieben Deutschland oder ein anderes Land zum Kriege, sondern ganz andere Momente. In Deutschland herrschte ja nicht die moderne Bourgeoisie, sondern der Halbabsolutismus der Monarchie und einer übermächtigen Militärlaste.“

Dieser theoretische Blödsinn hat aber einen ganz bestimmten und zwar konterrevolutionären politischen Sinn. Er ist es, lenkt er die Massen vom Kampfe um den Sturz der Bourgeoisie ab, unterwirft praktisch alle jene Methoden (Völkerbündnis- und Abrüstungspläne), die unter dem Mantel der „Bekämpfung“ der Kriege solche vorbereiten. Zweites ist die, sich aus jener Lehre ergebende Auffassung, daß es bei jedem Kriege einen „besonderen Schuldigen“ geben müsse, eine glatte Unterdrückung des Bestrebens jeder Sozialdemokratie, die „revolutionären Mittel“ gegen die jeweils „feindliche“ Regierung zu propagieren, weil eben diese der „besondere Schuldige“ sei. Und drittens bedeutet die Lehre vom Kriege als einem Produkte nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse, sondern „halbabolutistischer“ und „feudaler“ Kassen eine Rechtfertigung der These des Wehrprogramms über die Verteidigung der demokratischen (d. h. bürgerlichen) Republik gegen „Konterrevolution und Faschismus“.

Der sozialdemokratische Faschismus wird nicht weniger gefährlich, wenn er sich — wie es z. B. in verschiedenen Artikeln der „Frankfurter Volksstimme“ und anderer Blätter zum Ausdruck kommt — zwar resigniert mit der Möglichkeit neuer Kriege abfindet, für Deutschland aber trotzdem die Entlassung der bedingungslos Neutralität und für den Fall der Verletzung dieser Neutralität, den relativ papierernen Protest fordert. Denn in der praktischen Konsequenz bedeutet das nicht nur die Freigabe des deutschen Gebietes als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion, nicht nur die Beschönigung der Neutralitätspolitik der Bourgeoisie, sondern auch die Einheilung der Massen darauf, daß sie bei jedem Kriege am besten davonkommen, wenn sie kein Gewehr in die Hand nehmen. Das ist nicht nur Verzicht auf den Kampf um den Sozialismus, sondern zugleich auch die Schaffung der tatsächlichen Voraussetzungen dafür, daß deutsche Proletariat dann gezwungen werden können, gegen die Interessen ihrer Klasse zu kämpfen.

Eine andere, ebenfalls der Ströbel'schen entgegengesetzte Methode der „Linken“ Selberhelfer der Sozial-

imperialismus ist die „orthodox-marxistische“, wie sie in dem Gegenentwurf der „Klassenkampf“-Redaktion und in den Artikeln Levis zum Ausdruck kommt. Ausdrücklich wird erklärt:

„In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus.“

Dieser Satz, in der Junius-Broschüre Rosa Luxemburgs als Kritik an der sozialdemokratischen Theorie von der „nationalen Verteidigung“ des imperialistischen Deutschlands aufgestellt, wurde schon 1918 von Lenin kritisiert, weil er zwar auf den damaligen Krieg zutrifft, aber keineswegs für alle in der imperialistischen Epoche denkbaren Kriege gelte. Heute, wo Kriege von Staaten der proletarischen Diktatur und national-revolutionäre Kriege der Kolonialländer nicht nur theoretisch denkbar, sondern aktuell gegeben sind, nimmt dieser Satz, seinerzeit die unrichtige Formulierung eines richtigen Gedankens, eine konterrevolutionäre Bedeutung an: bedeutet er doch den Appell an das Proletariat der Sowjetunion und der Kolonialländer, auch revolutionäre Kriege als „imperialistische“ zu betrachten und zu bekämpfen, also der Revolution in den Rücken zu fallen.

Zugleich aber bedeutet dieser Satz nicht einmal eine grundsätzliche Ablehnung der „Landesverteidigung“.

Paul Levi sagt in seiner Wehrbroschüre ausdrücklich: „Indem die Sozialdemokratie durch diese positive Haltung und die mit den anderen Organisationen auszuübende Kontrolle den Beginn eines Krieges von deutscher Seite wirksam hemmt, übernimmt sie zugleich die Verantwortung dafür, daß nicht wahrhaft proletarische Interessen, die Freiheiten der demokratischen Republik gegenüber anderen Institutionen (Ruhland, Italien), die Sicherheit des Landes durch einen Angriff von außen gefährdet werden.“

Versteht dieses Mittel (die Politik der Internationalen), so ist die Sozialdemokratie verpflichtet und bereit, das proletarische Interesse zu verteidigen.“

Der „orthodoxe Marxismus“ wird hier zum offenen Helfer des Sozialpatriotismus, zum Lieferanten revolutionärer Phrasen für die „imperialistische“ des imperialistischen Deutschlands und für den Kampf gegen die Sowjetunion. Nichts ist natürlicher, als daß er sich auch nicht grundsätzlich ablehnend zum Heere jedes bürgerlichen Staates verhalten kann, sondern nur be-

stimmt (im „Aktionsprogramm“ des „Klassenkampf“ aufgezählte) Garantien fordert, „um die Reichswehr ihres Charakters als Machsinstrument der herrschenden Klasse zu entkleiden“.

Diese opportunistische Theorie ist für uns nichts Neues. Den Zustand, wo die „bürgerliche Demokratie“ seine Diktatur der Bourgeoisie darstellt, hat Paul Levi noch als Führer der SPD, nach dem Kapp-Putsch entdeckt und Krawaller hat ihn in den Formulierungen des Leipziger Parteitages und in der Praxis des Jahres 1923 mit dem bekannten Ergebnis propagiert. Nicht ist natürlicher, als daß die linken Sozialdemokraten mit bis vor kurzem kommunistischen Mitgliedsbuch ihren Kollegen in der „Mutterpartei“ auch heute Gesellschaft leisten. In dem linksmenschenwärtigen Organ „Gegen den Strom“ (eine Verhöhnung der Schrift, in der Lenin in seiner „Kritik der Junius-Broschüre“ gegen ähnliche Äußerungen Rosa Luxemburgs auftrat, als diese Fehler noch den Charakter tatsächlicher Irrtümer guter Revolutionäre und nicht konterrevolutionären Kampfes gegen den Leninismus trugen) kritisiert Schreiner die SPD, in ihrer Stellung zum sozialdemokratischen Wehrprogramm:

„Kein Versuch, so lange nun einmal der bürgerliche Klassenstaat und sein Heer noch existieren — und verschwinden werden sie erst nach dem siegreichen bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse — solche Forderungen in Bezug auf die Heeresverfassung und das gesamte Heerwesen aufzustellen, die geeignet sind, die Klassengegensätze im Heere zu vertiefen, die die günstigsten Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf um die Macht für das Proletariat schaffen helfen, die in der Armee heute bereits geeignet wären, die revolutionären Organe des Machtkampfes, die Soldatenräte, wenigstens im Keime, wenigstens im Denken der proletarischen Elemente im Waffenrode zu schaffen.“

Ob man die Antwort auf diese Frage in den praktischen Vorschlägen Levis oder in den Formulierungen der rechten Kommunisten über die Militärs findet, ist eine technische Frage. Die prinzipielle Grundlage ist gemeinsam: die Konstitution eines Heeres des bürgerlichen Staates, das nicht mehr ein Machsinstrument der herrschenden Klasse ist, woraus sich die Notwendigkeit der Verteidigung dieses Staates zwangsläufig ergibt: nicht nur in seiner vollendeten, sondern auch in seiner „werdenden“ Form, als kapitalistische Demokratie.

„Vollendete Einheit und Einheitlichkeit in der Vaterlandsverteidigung“

Das Wehrprogramm von Julius Deutsch und Paul Levi

Julius Deutsch, ehemals Wehrminister in Oesterreich, „Begründer“ der österreichischen Wehrmacht, gehört zu dem engeren Kreis, der das Wehrprogramm der SPD formuliert hat. Er hat in der „Gesellschaft“ (Dezember 1928) seinen Entwurf zu einem Wehrprogramm veröffentlicht und begründet. Dieser Entwurf ist dann von der offiziellen Kommission fast wörtlich übernommen worden.

Paul Levi gehört zur Redaktion der Zeitschrift „Klassenkampf“, alle zu den Vätern des „linken“ Entwurfes zum Wehrprogramm, veröffentlicht in der 1. Januarnummer des „Klassenkampf“. Er hat eine Stellung in einer kleinen Broschüre „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie“ ausführlich begründet.

Paul Levi und Julius Deutsch gebürden sich beide als „Realpolitiker“, die auf dem Boden der demokratischen Republik ihre Politik durchführen. Beide sehen sie in der Sozialdemokratie den stärksten „Garanten des Friedens“ (Levi, Seite 30). Beide sind sie für die Wehrmacht und für die Wehrhaftigkeit im Interesse der demokratischen Republik. Levi ist im Kreis seiner Freunde vom „Klassenkampf“ mit dieser Anschauung nicht völlig durchgebrannt; zwar tritt er für Ablehnung von Rüstungsausgaben jeder Art ein, ist aber für Wehrmacht und für Landesverteidigung. Die „Militärlinien des „Klassenkampf“ fordern:

„Die Sozialdemokratie lehnt darum auch im kapitalistischen Staat die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für die Beseitigung dieser Wehrmacht.“

Der Abstand zwischen Levi und dem radikaleren Wortlaut ist jedoch gar nicht groß, denn dieser „Kampf“ sieht so aus: Auf dem Landesparsittag der von den „Linken“ Segewitz, Ströbel, Bielski beherrschten Sozialdemokratie Sachsens (12. und 13. Januar, Leipzig) wurde ein Antrag auf Ablehnung des Wehrretats nicht gestellt, sondern der Antrag der SPD-Fraktion vom vergangenen Jahre aufgenommen, in dem Hermann Müller-Franken und Genossen die Herabsetzung des Wehrretats auf 500 Millionen forderten.

Paul Levi tritt nicht für die Abschaffung der Wehrmacht der kapitalistischen Republik ein. Er fordert nur ihre Umstellung — da sie in ihrer jetzigen Form zur Kriegsführung nicht geeignet erscheint.

In langen Ausführungen beschäftigt sich Levi mit diesem Problem:

„Solange die Berufsarmee der Bevölkerung als feindliches und von dieser abgelehntes Element gegenübersteht, ist die Verteidigung des Landes lahm. Vielen Gegnern zu befehlen, verlangt die Bourgeoisie vergebens. Dagegen hat die Sozialdemokratie die Möglichkeit, und angeht es der unter Umständen ihr obliegenden Pflicht der Verteidigung des Vaterlandes“, die Aufgabe, diesen Zwiespalt in der Wehrkraft des Landes zu beseitigen.“

Diese „vollendete Einheit und Einheitlichkeit“ des Landes im Verteidigungszustand, die Levi (S. 31) als Ziel ausstellt, erstrebt genau so Julius Deutsch, sie wird erstrebt von Groener, Sedat, Hindenburg, sie war „vollendet“ am 4. August 1914. Aber Levi will die Einheitlichkeit „anders“, „von unten“, auf dem Wege der „Demokratisierung“. Mit ihm J. Deutsch. Auch er sieht in der Demokratisierung des Heeres „den Umstand“, der das Heer davon befreit, ein willenloses Werkzeug in den Händen von reaktionären Offizieren zu sein“ („Gesellschaft“, Jahrgang 1928, Heft 12, S. 489). Er fährt dann fort: „Lebes Recht, das den Soldaten jenseit wird, verhandelt sich in ein Stück Macht gegenüber der sonst ziemlich schrankenlosen Beherrschung des Apparats durch die kapitalistischen Klassen.“ Deutsch und Levi fordern zu diesem edlen Zwecke die vollen Staatsbürgerrechte des Soldaten; nur geht hier Levi weiter: er verlangt Regelung des Heereserbes durch „Bereinerung mit den gemeinschaftlichen Soldatenorganisationen“, er fordert eine „Disziplin des Mitbestimmungsrechtes und des Rechts der freien Kritik einerseits und der Unterwerfung unter die von der Mehrheit und den selbstgewählten Führern und Vertrauensleuten für notwendig gehaltenen Anordnungen andererseits“ — nach dem Beispiel der „in allen Arbeiterorganisationen bestehenden Grundform der Disziplin“. Levi übersieht mit Recht, daß die reformistischen Zeitungen die „Grundform der Disziplin“ in den von ihnen beherrschten Arbeiterorganisationen bereits heute immer

stärker und offener der Kommandogewalt der Groenerischen Reichswehr anpassen!

So sehr Paul Levi in der Frage der „Demokratisierung“ radikal zu sein verucht, er entsagt sich damit nur selbst. Unter dem lächerlichen „linken“ Gewande schimmert zu sehr der blanke Sozialimperialismus durch, entschlossen zur vorbehaltlosen „Vaterlandsverteidigung“. Wie anders kann man seine Forderung für Rekrutierung der Reichswehr verstehen: „Es sind in Verbindung mit den Arbeiterorganisationen Wehrleute zu bilden, aus denen der Ertrag entnommen wird!“ Das ist die Linie von Deutsch, die er in seiner Funktion als Vorsitzender der Luzerner Sportinternationale energisch vertritt, das ist die Linie, die auch Sedat gutzuheißen vermag, vorausgesetzt, daß auch den deutschen Turnern diese Aufgabe gestellt wird. „In der Linie des Programms der Massenmilitarisierung“ — „ul Boncour: Keine radikal klingenden Phrasen können die Konsequenzen aus der Welt schaffen. Mag Levi auch den Fried veruchen, daß mit der Anpassung der „Wehrorganisationen an die Lebensbedingungen und Interessen der Massen“, wie er sie angeblich verlangt, der Charakter des kapitalistischen Staates und der Wehrmacht verändert würde. Darin gerade liegt das Gefährliche dieser „linken“ Politik, daß sie mit gelehrter und radikal klingender Beweisführung demokratische Illusionen zu züchten verucht und in Wirklichkeit einer „Wehrhaftigkeit“ das Wort redet, die nur der herrschenden Klasse und ihrer Landesverteidigung dient. In der Betonung der Wehrhaftigkeit in diesem Sinne kann kein Verteidiger des Parteivorstandes mit Levi Schritt halten. Sind Levis Reformwünsche erfüllt, dann sind — wie man den Massen einreden will — ihre Interessen gewahrt, dann geht's in den Krieg „mit Herz und Hand fürs Vaterland“ (und die SPD, wird auch ohne dieses „dann“ auskommen, den Massen zuzureden, es geht um „wahrhaft proletarische Interessen“, um die „Freiheiten der demokratischen Republik“ (siehe Levi, S. 30). Paul Levis Schlußfolgerungen (die angeblich den Weg zur „Zerbrechung der überkommenen Formen“ weisen) lauten:

„Durch diese und ähnliche Reformen erstreckt die Sozialdemokratie die vollendete Einheit und Einheitlichkeit des Landes im Verteidigungszustand. Sie bringt damit keine Rezipiente: sie zieht lediglich die Konsequenz aus der Tatsache, daß die technische Entwicklung zum Hauptträger des Krieges, die arbeitenden Massen des Volkes, Mann und Frau mit Arbeitsmittel, gemacht hat. Wer das Land wirksam verteidigen will, muß die gesamte Wehrorganisation den Lebensbedingungen und Interessen dieser Massen anpassen; wer es nicht tut, schwächt die Kraft der Landesverteidigung und gibt das Land preis.“

Ein etwa kommender Krieg wird an den Mut, die Ausdauer, den Willen, die Hingabe, die Aufopferung der breiten Massen unterhört Anforderungen stellen. Der Staat ist verloren, der nicht aus diesen Massen das höchste herausholen kann. Ihre Leibes werden die Männer an der Front, die Frauen und Männer in den Fabriken hergeben, wenn sie wissen: es geht um ihr eigenes Interesse, das Interesse ihrer Klasse!“

Bei der Vorbereitung des Parteitages der SPD, werden Levi und Deutsch scheinbar gegeneinander stehen — aber nichts Wesentliches trennt sie. Deutsch vertritt offen die Realpolitik der Landesverteidigung und Bejahung der Reichswehr — Paul Levi wird zur Bejahung der nach links strebenden Arbeiter-einige tabulale „Über“ vortragen, um eine Abbrödelung in der SPD, zum Kommunismus zu unterbinden. Beide dienen sie der SPD, beide dem Imperialismus — und Levi sagt offener als Deutsch: gegen die Sowjetunion! Diese Arbeitsteilung der beiden „Flügel“ in der SPD, des rechten wie des „linken“, in der Frage des Wehrprogramms gilt es den sozialdemokratischen Anhängern im Zusammenhang mit der praktischen Politik der Hermann-Müller-Regierung und der reformistischen Gewerkschaftsleitungen einbringlich vor Augen zu führen, damit sie erkennen: ihr Platz ist nicht in der Front des Imperialismus gegen die Sowjetunion.

Sondern nur in der proletarischen Einheitsfront zum Schutze, zur Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus, gegen den Sozialimperialismus der Deutsch und Levi, in der eifernen Front unter der Führung der Kommunistischen Partei.

*) In welchem Sinne Paul Levi heute „orthodox“ verfährt, ist aus dem Zusammenhang leicht zu erkennen. Er ist ein Sozialpatriot.

Waldenburger Bergland

Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront gegen Steuerentlastung in Weißstein

An der ersten Sitzung der Weißsteiner Gemeindevertretung im neuen Jahre nahmen alle Schöffen und 20 Vertreter teil. Die Jahresrechnung ergab folgendes Bild: Einnahme 232 557 Mark, Ausgabe 327 023 Mark, also eine Mehrausgabe von 94 466 Mark, die auf wachsende Ausgaben zurückzuführen ist. Der zweite Punkt, „Steuerentlastung“, ergab eine längere Aussprache. Weißstein hat anstatt 140 000 Mark nur 115 000 Mark Kreissteuern zu zahlen, so daß 25 000 Mark zur Entlastung der Steuern verwendet werden können. Der Gemeindevorsteher begründete in längerer Ausführung den Vorschlag, die 25 000 Mark nicht zur Steuerentlastung, sondern zur Deckung des Haushalts zu verwenden. Die Genossen Klein, Pötsch und Reumann wandten sich ganz entschieden gegen diesen Antrag. Sie forderten, daß die 25 000 Mark restlos zur Entlastung der Grund- und Gebäudesteuern verwendet werden sollen. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde der Antrag des Vorstehers angenommen. Der Verband der Invaliden hatte den Antrag gestellt, Erlaß der Gemeindezuschläge zur Grundbesitzsteuer. Da der Gemeindevorsteher schon seit Monaten Sparmaßnahmen zugunsten des Gemeindefiskus anwendet, so konnte er auch bei diesem Punkt nur empfehlen, die 9000 Mark Staatszuschlag, die es machen würde, abzugeben. Genosse Reumann ging hier im Reichsmaßstab auf die Politik ein und zeigte, wo überflüssige Gelder zur Verteilung gelangen. (Volkverdummung, Panzerfreude!) Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde der Antrag abgelehnt.

Zugelassen wurde der Übertragung des Gemeindeanteils beim Waldheimstättengewerbeband an denselben sowie Festsetzung des Verbandsvermögens mit 171 000 Mark, an dem die Gemeinde mit einem Drittel beteiligt ist. Auch die Paraden sind nun vom Staat in die Hände des Waldheimstättengewerbebandes überlassen worden. Abgelehnt, und zwar einstimmig, wurde eine Polizeiverordnung über Reinigung der Bürgersteige. Der Gemeindevorsteher hat die Mieterkündigung des Mieterschutzes zum Preise von 250 Mark pro Quadratmeter abgeben. Das Bauprogramm 1929 sieht drei sechs- und ein Achtfamilienhaus vor. Natürlich nur dann, wenn die Hauszinssteuer in Höhe von 120 000 Mark vom Kreise bewilligt und auch gezahlt wird. Die kommunistische Fraktion stellte hier einen Dringlichkeitsantrag auf Erziehung eines Leihgeldes. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und der Vorsteher beauftragt, diesbezügliche Schritte sofort zu unternehmen.

Dem Antrag von Ziegeln wird zugestimmt. Unter Verschiedenes wurde mitgeteilt, daß der Antrag der SPD-Fraktion von vorigem Jahre bezüglich Zuwahl der Gemeindevertretung aus Einwohnern des Ortsteils Neu-Salzbrunn oder Neuwahl des Parlaments vom Minister des Innern nicht genehmigt worden ist. Da die Invaliden einen Antrag dabei hatten, konnte man bemerken, daß sie im Auditorium stark vertreten waren; es wäre wünschenswert, wenn auch unsere Zeitungsleser die Sitzungen besuchen würden.

Erwerbslosenversammlung in Liebschau

Die am 31. Januar tagende Erwerbslosenversammlung war gut besucht. Genosse Stähler gab Bericht über die Verhandlung mit dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes, die keine große Verbesserung für die Erwerbslosen brachte. Nur daß die Erwerbslosen nicht dreimal, sondern nur zweimal nach Freiburg zur Stempelkontrolle müssen. Weiter

berichtete Genosse Stähler über den Verlauf der Kreiserverslosensratkonferenz, welche in Nieder-Hermisdorf tagte. — Unter Punkt 4 der Tagesordnung wurden verschiedene Forderungen gestellt. Die Gemeinde wird um kostenlose Übernahme der Stempelkontrolle und um eine laufende Sonderbeihilfe in Naturalien ersucht. Auch fordern die Erwerbslosen eine Wirtschaftsbefreiung in Höhe von 10 Mark für Hauptunterstützungsempfänger und für jedes weitere Familienmitglied 6 Mark. Auch wurde beschlossen, 15 Erwerbslosen-Zeitungen zu bestellen.

Ober-Waldenburgerdorf. Gemeindevahl. Durch die Eingemeindung von Neu-Waldenburgerdorf findet am 17. Februar die Gemeindevahl statt. Die kommunistische Partei hat hierzu eine eigene Liste aufgestellt. Aufgabe der hiesigen Arbeiterpartei wird es sein, der letzten schwarzweißen Gemeindevorstellung den nötigen Fruchtschnitt bei der Wahl zu geben und ein Arbeiterparlament an deren Stelle zu setzen. Darum gehört jede Stimme der kommunistischen Partei.

Oberes Revier

Kritik über die Rumpo

A. K. Die bürgerliche und die sozialistische Presse besaßen sich fast täglich mit den Gründungen von Unterausständen zur Reichs-Unfall-

Kreiserverslosenskonferenz Waldenburg

Die Kampffront formiert sich. — Die Forderungen sind gestellt.

Vergangene Woche fand in Nieder-Hermisdorf eine Kreiserverslosensratkonferenz der Erwerbslosenausschüsse des Kreises Waldenburg statt. Sie nahm folgenden Verlauf:

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Seilig über den „Kampf der Erwerbslosen gegen die Schandbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung“. Er ging in seinen Ausführungen insbesondere auf die Ursachen des Steigens der Erwerbslosenziffern ein, die nur einzig zu suchen sind in dem verhängnisvollen Ausbeutungszusammenhang des Kapitalismus. Da die Mittel in der Arbeitslosenversicherung nicht ausreichen, um dieses Millionenheer der Erwerbslosen zu unterstützen, soll durch Abbau der Unterstützung in weitgehendem Maße bei den Opfern der kapitalistischen Profitwirtschaft gespart werden.

Zum zweiten Punkt sprach Kollege Schröder über die Aufgaben der Erwerbslosenausschüsse in den Gemeinden. Es wird insbesondere Aufgabe der örtlichen Ausschüsse sein, Anträge auf Sonderzuweisungen in weitgehendem Maße zu stellen.

In der darauffolgenden Diskussion, an der sich fast alle Konferenzteilnehmer beteiligten, kam insbesondere zum Ausdruck, daß durch die Einführung der Sonderfürsorge sich bereits jetzt schon die Erwerbslosen in den Gemeinden zur Wehr setzen und diese Protestbewegung natürlich nur dann einen Erfolg haben kann, wenn sie sich zentral über das ganze Reich erstreckt.

Nachdem die Wahl des Kreiserverslosensrates erfolgt war, wurden als Willensausdruck der Konferenz nachfolgende Anträge und Entschließungen einstimmig angenommen:

„Die am 30. Januar 1929 im Gasthof zur „Vorwärtskütte“ in Nieder-Hermisdorf tagende Kreiserverslosensratkonferenz der Erwerbslosenausschüsse des Kreises Waldenburg erhebt den schärfsten Protest gegen die Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung, insbesondere gegen die Einführung der Sonderfürsorge, wo-

berhältnisse Woche. Derachten wir uns diese ganze Geschichte, so müssen wir feststellen, daß das gar eine Attende der Untermenschen ist. Ich würde vorschlagen, folgende Aufgabe vorzuführen. Es arbeiten zwei Gruppen: die erste, ungefähr 20 Mann stark, wird von zwei Beamten angeleitet, es geschieht Unfall auf Unfall, und die Sanitätskolonne hat mit dem Wegschaffen der Verletzten alle Hände voll zu tun; die zweite Gruppe (gleich stark) wird von den Beamten aufgeföhrt, vorsichtig und ruhig zu arbeiten, die Folge wäre, daß hier nur selten einmal ein Unfall vorkäme.

Es wäre auch sehr angebracht, die Zahlen der Gasvergiftungen bekanntzugeben und ihre Ursachen festzustellen. Vollarbeit mit niedrigem Verdienst und Erwerbslosigkeit sind die Ursachen der Selbstmorde. Würde die Rumpo nach diesem System arbeiten, würde sie ihren Zweck erfüllen, aber nicht mit Vorträgen, Lichtbildern und Unfallsübungen, die nur leere Phrasen sind.

Sirlegau

Dähdorf. Ein Wein gebrochen. Am Mittwoch der vorigen Woche kam der zwölfjährige Sohn des Stellenbesizers Hauke beim Dreschen mit dem Wein ins Getriebe des Häfels, so daß ihm das Bein mehrmals gebrochen wurde. Am anderen Morgen wurde er mit dem Sanitätsauto nach Wollensbain ins Krankenhaus transportiert. Ob ihm der Fuß erhalten bleiben wird, ist noch fraglich.

nach der größte Prozentsatz der Unterstützung eraubt wird und auf Grund dieser Verhältnisse zur Verzweiflung getrieben wird. Die Konferenz verurteilt aus schärfste das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die dem Geheiß der Sonderfürsorge die Zustimmung gegeben hat und dadurch ihren Versprechungen auf Verbesserung der Arbeitslosenversicherung entgegengehandelt hat. Die Konferenz gelobt sich, mit allen Mitteln im Verein mit den Kollegen im Reich den Kampf bis zur Befestigung dieser Schandbestimmungen zu führen, und darüber hinaus alles aufzubieten, um für eine ausreichende Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit zu kämpfen. Den schärfsten Protest erheben die Konferenzteilnehmer gegen die willkürlichen Polizeimaßnahmen gegen die um ihre gerechten Forderungen demonstrierenden Erwerbslosen, die dann angetan sind, die Erbitterung unter den Erwerbslosen ins Unermessliche zu steigern und sie zu Verzweiflungstakten führen müssen.“

Die Kreiserverslosensratkonferenz beschließt, folgende Forderungen im Interesse der Befestigung der größten Kollage unter den Erwerbslosen als Mindestforderungen aufzustellen und mit allen Mitteln dafür den Kampf zu führen:

1. Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse durch die Kommunen.
2. Gewährung von Wirtschaftsbefreiungen an die Erwerbslosen in Höhe von 30 Mark an Verheiratete, 5 Mark für jedes Kind und 25 Mark für Ledige.
3. Bewilligung von Sonderzuweisungen an Lebensmittel, Milch für die Kinder sowie Brennmaterialien durch die Kommunen.
4. Zahlung der durch lange Erwerbslosigkeit entstandenen Mietrückstände.
5. Gewährung von kostenloser Kleidung für alle langfristige Erwerbslosen.
6. Zahlung einer regelmäßigen Mietbeihilfe an alle Erwerbslosen.

Niederschlesien

LENIN-UXEMBURG-LIEBKNECHT-FEIER

Freitag, den 2. Februar, im Konzerthaus. Prolog — Ansprache. D. C. G. G. G. M. d. R. — Zwölf lebende Bilder. „Zehn Jahre R.P.D.“ Rezitationen — Sprechspiele — Mandolinenensemble. — Beginn 20 Uhr. — Programm 50 Pf. Erwerbslose 25 Pf.

Grünberg

Stadtverordnetenversammlung

Die erste Sitzung im neuen Jahre war wieder einmal interessant. Bei der Neuwahl des Büros konnte man sehen, daß die Wirtschaftskammer wieder das volle Vertrauen zum bürgerlichen Vorsteher hat, trotzdem dieser Vorsteher bei der Abstimmung in der Theaterbaufrage mit seiner Stimme ausschlaggebend für den Theaterbau entschieden hat. Außer den übrigen Punkten, die mit Entschiedenheit entschieden wurden, waren die Punkte „Tarif der Elektrowirtschaft“ und „Antrag der Kommunisten auf Beihilfe für die Erwerbslosen von Wichtigkeit“. Der neue Tarif, wie er jetzt vorgelegt war, brachte große Härten für die Arbeiterklasse. Einige Zusatzanträge entlasteten zum Teil die Erwerbslosen und Armen. Zum Verwundern war es, daß gerade der sozialdemokratische Betriebsrat der Elektrowirtschaft, der Kommunistenreferent Schöpl, sich die Haken weggerannt hat, um unsere Genossen zu beeinflussen, für die Annahme des Tarifes zu stimmen. Der Antrag der Kommunisten auf Befreiung mit zwei Zentner Kohle und drei Liter Milch für jedes Kind bis zu sechs Jahren wurde angenommen, nachdem man den Antrag zum größten Teil wieder illusorisch machte durch Abänderungen und Zusatzanträge der Bürgerlichen, die sich auf die Bedürftigkeitsprüfung und die „vorhandenen Mittel“ bezogen. Als ob nicht alle Unterstützungsempfänger bedürftig wären, und Geldmittel für andere Sachen immer genügend vorhanden sind. Anschließend war geheime Sitzung, die sich mit Grundstücks- und Verläufen beschäftigte, und auch den Bau einer Kläranlage erörterte. Wie wichtig diese Anlage ist, geht schon aus der unheilbaren Lage der Kanalisation hervor. Notwendig ist, daß diese Anlage so geschaffen wird, daß sie den Ansprüchen der nächsten hundert Jahre genügt und keine Anlieger dadurch geschädigt werden. Der demagogische Wahlbesitzer Schulz, auf dessen Gelände das Projekt geplant ist, triumphiert darüber, daß er seine 24000 Mark erhalten hat. Er rühmt sich bereits schon, daß der Bauzeit ihm verüßert habe, auch seine Villa werde ihm die Stadt noch abkaufen. Wir werden diesen Anhang nicht mitmachen.

Neusalz

Am 16. Februar veranstaltete die Ortsgruppe Neusalz des R.P.D. einen Abend mit Theater, Musik und dergleichen. Er findet statt im „Deutschen Haus“ (Hoffmann, früher Weigt). Wir ermahnen die Arbeiterpartei, sich rege an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Goldberg

Sittlichkeitsverbrechen an einem Ferienkind

Unter Auschluss der Öffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen den 34-jährigen Stellenbesitzer Karl Eisner aus Wiesenberg. Er hatte Anfang September 1923 ein noch nicht 14-jähriges Mädchen, das als Ferienkind bei ihm weilte, in grober Weise mißbraucht. Seine

voriges Jahr von ihm geschiedene Frau hat jetzt aus Rache den fünf Jahre zurückliegenden Fall zur Anzeige gebracht. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten unter Bewährung und Strafausschlag mit Bewährungsfrist verurteilt.

Hoyerswerda

Prime Do'szeitungs-Zante

Der geplante Sturm der Imperialisten auf den ersten Arbeiter- und Bauernrat am Sonntagabend rückt zusehends näher. Zu solch einem Sturm gehört aber bekanntlich ein gut vorbereitetes Bombardement, und hierzu bedienen sich die Imperialisten der gesamten bürgerlichen Presse, auch der sozialdemokratischen Treckschleudern. Es kann man es auch verstehen, wenn die „Diegnitzer Volkszeitung“ einen Heheartikel nach dem andern gegen Sowjetrußland und die kommunistischen Arbeiter bringt. In Nr. 25 verurteilt die „Volkszeitung“ (erste Beilage) wieder einmal über die bösen Kommunisten herzugehen. Aber weit gefehlt, ihr Herren. Wir haben es nicht nötig, uns als Heuchler an die Gräber der durch eure Mittschuld erschlagenen Arbeiterbrüder zu begeben, sondern wir schreiben zu ihren Gräbern mit dem Vorlat, in ihrem Sinne weiterzukämpfen bis zum endgültigen Siege des Proletariats gegen alle Unterdrücker.

Liegnitz

An alle erwerbslosen Genossen und R.P.D.-Kameraden! Am Dienstag, dem 5. Februar, 14 Uhr, findet im Volkshaus eine Erwerbslosenversammlung statt.

Ein parfümter Ziegeleibesitzer

Eine Blüte von Ziegeleibesitzer ist Herr Strecker, Ziegeleigehilfe, mit dem sich das Arbeitsgericht viel beschäftigt haben muß. Er hatte er einen feinen Eid erstanden, um zu sparen. Er erklärte der Belegschaft: „Ich zahle euch 15 Mark Prämie, das soll das Entgelt für Euren Eid.“ Da ein Teil unmorgensinnig war, gingen einige darauf ein. Doch die Gewerkschaftler sagten gegen Strecker, und so wurde derselbe am 31. 1. wieder verurteilt, anstatt 15 Mark Prämie 21 Mark Ferienentgelt zu bezahlen. Herr Strecker befaß nach die Fühigkeit, vor Gericht zu erklären, daß sich seine Leute wohl fühlen. Den Kollegen rufen wir zu: Trete alle ein in den Fabrikarbeiterverband!

Soll das Konkurrenzangst sein?

Wie wir erfahren, beabsichtigt das „Liegnitzer Tageblatt“, in Zukunft die Zeitung in zwei Ausgaben erscheinen zu lassen. Vielleicht weiß Herr Krumbhaar nun nicht, wo er mit der großen Ersicht hin soll. Oder hat man Angst vor der neuen Presse, die in acht Tagen ihren Laden aufmachen will? Oder schwinden die Leser? Wir glauben, letzteres wird bestimmt zutreffen, denn die Arbeiter kommen doch langsam zur Einsicht und schmeißen das „Tageblatt“ aus ihrer Wohnung heraus.

Zustände am dem Arbeitsamt. Nebenall ist es wohl üblich, daß zu Kohlenarbeiten (Schneeschuppen) nur Leute in Frage kommen, die ausgeheuert sind. Beim Herrn Direktor Richter (R.P.D.) ist dies anders. Ein Mann namens Heintze, seit Oktober 1928 von der Reichswehr entlassen, mit einer Abfindung von 90 Mark monatlich, wird beim Schneeschuppen beschäftigt. Heintze ist trotz Vorrede der Arbeitslosen noch nicht abgelehnt worden. Herr Richter, wie lange brauchen Sie Zeit um Heberlegen? Es dürfte Ihnen doch bekannt sein, daß Hunderte von Erwerbslosen keine Unterstützung erhalten. Nebenbei sei noch bemerkt, daß Frau Heintze auch noch bis 20 Mark monatlich verdient.

Blattende und Kindesbeileitung? In Alt-Redern wurden nach einem Verhör der Kautereibesitzer Sch. und seine Tochter in Unterhändlerhaft genommen. Gegen beide schwebt ein Verfahren wegen Blatichande und Kindesbeileitung. Eine Hausdurchsuchung blieb erfolglos.

3000 Mark Schmerzensgeld gefordert! Bei einem Verhör in Groß-Logisch hatte im November 1928 der Steuerbeamte Häfel einen Betrag einzuziehen. In Ausübung seines Amtes wurde er von dem Verhör überfallen und so geschlagen, daß er lange dienunfähig

mar. Hüffel verlangt jetzt 3000 Mark Schmerzensgeld. Da der Verführer geistesgestört und inzwischen aus dem Leben geschieden ist, besteht die Frage, ob die Erben oder die Gemeinde das Geld zu zahlen haben.

Glogau

Ausmarsch — Paulus Zigaretten — Erwerbslosenversammlung. Die aktivsten Kameraden unternahmen am Sonntag bei starkem Schneegestöber einen Ausmarsch. Dieser führte über Jarlau, Rostk, Schrehan und Friedemost. Verlaufen wurden 300 „Arbeiter-Zeitungen“. Die Rote Front steht fest!

Von den sozialdemokratischen Betriebsrat Kraula-Rostk hört man, er habe zu Weihnachten von seinem Direktor eine Kiste Zigaretten geschenkt erhalten. Ist das wahr? Vielleicht sind die Zigaretten ein Präsent für das Kabudeln im Fall Heiliger.

Am Montag fand eine Erwerbslosenversammlung statt, einberufen vom Ortsausschuß. Der Saal war überfüllt. Genosse F. sprach ins Wespennest, als er als zweiten Punkt die Wahl eines Erwerbslosenausschusses beantragte. Vergeblich schrie Rostk (R.P.D.) nach einem sozialdemokratischen Stadtverordneten. Es war feiner da und so mußte dem Antrag unter dem Druck der Erwerbslosen stattgegeben werden. Rostk wollte den Erwerbslosen weismachen, wie schön und günstig das Gesetz ist. Die Antwort blieben ihm die hungernden Erwerbslosen nicht schuldig. Genosse F. brandmarkte dann den Verrat der sozialdemokratischen Führer. An Hand kleiner Beispiele zeigte er den Erwerbslosen, wieviel Millionen mit Hilfe der SPD. vergeudet werden, so daß für die Erwerbslosen nichts übrig ist. Erwerbslose, stellt euch geschlossen hinter den Ausschuß, nur so könnt ihr eure Rechte wahren! Kämpft mit den Kommunisten! Lebt die „Arbeiter-Zeitung“!

(Schluß des reaktionellen Teils.)

Weiße Woche im Kaufhaus „Zum Strauß“, Görlitz. Seit Donnerstag steht Görlitz im Zeichen der „Weißen Woche“. Das Kaufhaus „Zum Strauß“ ist seiner Tradition treu geblieben und hat durch eine Preisenauswahl an Damenwäsche, Leinen- und Baumwollwaren, Bett-, Tischwäsche und Spitzen, welche in lebenswerten Schaufenster- und Innendekorationen zur Ausstellung gelangt sind, auf neue den Beweis geliefert, daß es durch zentralisierten Großverkauf in der Lage ist, Höchstleistungen sowohl in Qualität wie auch in Preiswürdigkeit zu bieten. Jetzt ist die günstigste Zeit zum Einkauf von Weißwaren und Wäsche, deshalb sollte niemand veräumen, seinen Bedarf zu bedenken.

Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)

Montag 19.30 Uhr
Margarete
Dienstag 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 12
Der Kronadont
Mittwoch 18.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 12
Die Waise
Donnerstag 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 12
Woa
Freitag 19.30 Uhr
Gastspiel E. A. Reumann
Stadttheater Leipzig
Don. Giovanni
Sonnabend 20 Uhr
Zosta
Sonntag 18.30 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäß. Preis. (Gr. 2)
Das Rheingold
Sonnabend 20 Uhr
Die Fledermaus

Wochenpieplan

des
Schweidnitzer
Stadttheaters
(Dir. P. Richter)
Dienstag, 5. Febr.
abends 7,30 Uhr
3. 20. Jahrg. Bühnen-
jubiläum-Emit-Schön
Perlenkomödie
Donnerstag, 7. Febr.
abends 7,30 Uhr
Die Dollarprinzessin
Operette
von Leo Fall
Freitag, 8. Febr.
abends 7,30 Uhr
Die keusche Susanne
Operette
von J. Gilbert
Sonntag, 10. Febr.
nachm. 4 Uhr
Die keusche Susanne
abends 7,30 Uhr
Die Dollarprinzessin

Grünberg

August Litzke Beste Bezugsquelle von Trauben- und Beerenweinen... Trinkt die wohlbeläunlichen Grünberger Bergschloß-Biere

Größtes Lager reeller Schuhwaren... Leinenhaus, E. Herrmann... Wäsche, Tricotagen, Strumpfwaren

Photo-Gasse / Breite Straße 15... Rauhaus Bornstein... Paul Mohr, Liebertorstraße 10a

Jug. M. Bielowitz... Mittelmann & Ansel, Postplatz 15... Stuhmann

Trinkt die wohlbeläunlichen "Obus"-Biere... H. Fleisch- und Wurstwaren

O. Pose Nachf. W. Zillmer... Walter Germer... Beerdigungs-Institut Paul Kleint

W. Grau Damen-Konfektion... Preiswert und gut!

* Spielwaren... F. Liebisch... Roschlächterelei Brose

Die Saganer Zentral-Molkerei... Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen AG

Brandt & Wegner / Sagan... CENTRAL-THEATER Sorauer Str. 19

Preiswert-Platte... Ernst Ramtke... Jda Seifert Nachf.

Reserviert Nr. 56... GEBRÜDER AUDORFF... Gasthaus Domle

Fahrad Schulz... Fritz Skupin, Ring 35... Brauerei "Tivoli"

Gasthof "Deutscher Kaiser"... Brandt & Klaus / Elektrizität und Gas

Die Saganer Zentral-Molkerei... Trinkt einheimisches Bier

Beste Fleisch- und Wurstwaren... Paul Ehringer... Ausflugslokal Burgberg

Hirschberg-Cunnersdorf... Hirschberg Rsb... R. Wolfsdorf

Hirschberg... C. F. F. Schießbahn-Str. 1... Schmiedeberg

Petersdorf... Hermann Richter... Fritz Bernick

Münsterberg... Trinkt einheimisches Bier... HUTBAZAR WENSKE

GUSTAV HAACKE... Eugen Reyer... Erhard Alfred Krebs

Herrmann Hirschfeld... Herrmann Hirschfeld... Rosa Kluge

Glogau... E. Lindner... Laudan

Petersdorf... Fritz Bernick... Alfred Leising

Münsterberg... Fritz Kunisch... Berthold Schwab

Max Jordan... Friedrichstraße 30

J. L. Parisers Wwe. ... Paul Wittig

PAUL WITTIG... Fahrrad - Motorräder

Billig und gut kaufen Sie... Adolf Schindler, Markt 36